

1 **Antrag: Kommunal Klima schützen! Ökologisch und**
2 **nachhaltig bauen!**

3
4 *Antragsstellerin: Stadtarbeitsgemeinschaft Klimaschutz*

5
6 *Die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*
7 *Halle möge folgendes beschließen:*

8
9 Bündnis 90/Die Grünen Halle setzt sich für Rahmenbedingungen ein, mit
10 denen Bauen und Sanieren ökologischer wird. Nicht nur die
11 Energieeffizienz in der Nutzungsphase von Gebäuden, sondern auch die
12 verwendeten Baustoffe müssen ökologischer werden. Wir wollen, dass
13 mehr Häuser mit ökologischen und möglichst regionalen Baustoffen
14 gebaut werden und idealerweise sogar CO₂ speichern. Ziel muss ein in
15 Summe CO₂-neutraler Lebenszyklus sein: Bau (durch nachwachsende
16 Baumaterialien, Baustoffrecycling), Betrieb (Verwendung regenerativer
17 Energien, natürliche Temperierung) und Abriss (Recycling statt
18 *downcycling, cradle to cradle*). Außerdem fordern wir eine Bauweise, die
19 für das Mikroklima vorteilhaftes Regenwassermanagement mit
20 einbezieht.

21
22 Auch die Verwendung von Recycling-Baustoffen sollte als wichtiger
23 Bestandteil des nachhaltigen Bauens stärker voran gebracht werden.
24 Schon heute sind bei konsequenter Trennung und Aufbereitung von
25 Bauschutt Recyclingquoten von bis zu 90 % möglich. Deshalb sollte bei
26 allen städtischen Hoch- und Tiefbauprojekten die Verwendung von
27 Recycling-Baustoffen bei vergleichbarer technischer Eignung im Sinne
28 einer Kreislaufwirtschaft priorisiert werden. Dabei streben wir an, dass
29 Baustoffe bei der Wiederverwendung nicht an Wert verlieren (sog.
30 *downcycling*), sondern in gleicher Wertigkeit wiederverwendbar werden
31 (*recycling, cradle to cradle*).

32 In diesem Sinne ist für uns der Bestandsschutz und die Sanierung von
33 Altbauten vor dem Neubau zu priorisieren (Sanierung vor Neubau). In
34 der Regel kostet die Sanierung von Altbauten weniger Energie als ein

35 Neubau (Nutzung der sog. *Grauen Energie*).

36

37 Die mit dem Klimawandel verbundenen längeren und heißeren
38 Hitzeperioden dürfen nicht dazu führen, dass ein immer größerer Teil
39 des Energiebedarfs von Gebäuden neben der Temperierung im Winter
40 nun auch für den sommerlichen Wärmeschutz benötigt wird. Deswegen
41 sollte bereits die Bauweise der sommerlichen Überhitzung
42 entgegenwirken. Wir fordern, dass der Energiebedarf und die
43 Temperierung von Bauten so weit wie möglich aus erneuerbaren Quellen
44 oder passiv gedeckt werden. Das kann zum Beispiel geschehen durch
45 angepasste Architektur, durch effiziente Abschattung und konvektive
46 Lüftungssysteme, Solarthermie, Wärmepumpen und Photovoltaik, aber
47 auch durch Dach- und Fassadenbegrünungen.

48

49 Zudem sollen Gebäude positiv auf das Stadtklima wirken. Bebauungen
50 dürfen nicht länger als Wasserüberschussflächen wirken. Mit
51 Dachbegrünungen können Dachabläufe verringert und verzögert werden.
52 Anfallendes Niederschlagswasser ist als Grauwasser oder
53 Bewässerungswasser für Fassadenbegrünungen, Grünflächen und Bäume
54 in der Umgebung der Bebauungen zu nutzen. Das verbessert die
55 stadtklimatischen Verhältnisse, entlastet die
56 Entwässerungsinfrastruktur, die Oberflächengewässer und erspart
57 kostspielige Investitionen bei den Entwässerungsbetrieben. Aufgrund
58 dieser räumlichen Vernetzung muss ökologisches Bauen auch als
59 stadtplanerische Aufgabe umgesetzt werden.

60

61 Um CO₂-Neutralität im Bauen zu erreichen, hat die Stadt Halle als
62 Bauherrin und Genehmigungsbehörde eine wichtige Vorbild- und
63 Steuerungsfunktion. Städtische Bauprojekte sollten deshalb konsequent
64 auf CO₂-Neutralität ausgerichtet und nach Kriterien anerkannte
65 Zertifikate für Ökologische Bauweise gebaut werden. Dies schafft in der
66 Verwaltung und in der regionalen Bauwirtschaft die notwendigen
67 Erfahrungen für den erforderlichen Paradigmenwechsel.
68 Privatwirtschaftliche Bauprojekte sollen über entsprechende Vorgaben in

69 Bebauungsplänen schrittweise in den Prozess des CO₂-neutralen Bauens
70 eingebunden werden. Hierzu sind von der Stadt Halle konkrete
71 Zielvorgaben zu erarbeiten.

72

73 Als anerkannte Zertifikate für Ökologische Bauweise stehen das
74 Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude (BNB) des
75 Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und das
76 Zertifizierungssystem der Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB)
77 zur Verfügung. Beide sollen von der städtischen Verwaltung bzw. bei
78 kommunalen Bauvorhaben genutzt werden um Kriterien festzulegen.

79

80 Wir wollen darauf hinarbeiten, dass zukünftig ausschließlich ökologisch
81 nachhaltig und nach Kriterien anerkannter Zertifizierungen gebaut wird
82 und kämpfen dafür, das in der Stadt Halle umzusetzen. Als erste Schritte
83 wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Stadt Halle bei
84 Bebauungsplänen und eigenen Bauvorhaben der Stadt oder
85 Tochtergesellschaften eine Mindestquote für Alternative Baustoffe
86 (Naturbaustoffe, Recyclingbaustoffe), o.ä. festsetzt. Ökologische und
87 CO₂-neutrale Bauweisen mit Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen
88 wollen wir unter anderem durch Förderprogramme, durch
89 Beratungsangebote und die Weiterbildung von Planer*innen und
90 Handwerker*innen voranbringen. Außerdem fordern wir die Stadt auf,
91 eine Fläche für ein CO₂-neutrales Referenzprojekt zu bestimmen.

92

93 Der Stadtverband Bündnis 90/Die Grünen Halle fordert die
94 Stadtratsfraktion auf, im Sinne dieses Beschlusses im Stadtrat mit
95 Anträgen und Anfragen sowie in den Ausschüssen zu handeln und auf
96 dessen Umsetzung hinzuwirken.

97

98 **Begründung**

99 Gemäß ihres Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes (KSK)
100 (Fortschreibung 2018) unterstützt die Stadt Halle (Saale) die EU-weiten,
101 nationalen und landesweiten Zielsetzungen zur Reduzierung der
102 Treibhausgase, Steigerung der Energieeffizienz und Erhöhung des

103 Anteils Erneuerbarer Energien. Das energie- und klimapolitische Leitbild
104 der Stadt Halle (Saale) orientiert sich an den Zielen der
105 Bundesregierung.

106

107 Die Erstellung und der Betrieb von Gebäuden sind laut Bericht des
108 Umweltbundesamtes von 2019 für ca. 30% der CO₂-Emissionen in
109 Deutschland verantwortlich. Davon können wiederum je nach Bauweise,
110 Betriebskonzept und Nutzungsdauer eines Gebäudes bis zu 40% allein
111 auf die Herstellung eines Gebäudes entfallen (graue Energie). Die sich
112 hieraus ergebenden Umweltschäden durch anhaltenden Ressourcen- und
113 Landschaftsverbrauch für zudem knapper werdende Rohstoffe wie z.B.
114 Kies und Sand, aber auch die CO₂-Emissionen für die energieintensive
115 Herstellung gängiger Baustoffe wie z.B. Stahl und Zement entstehen
116 oftmals außerhalb der Städte und werden daher von den Baubeteiligten
117 in Halle und anderen Großstädten oftmals noch nicht ausreichend
118 berücksichtigt. Dabei sind gerade Großstädte Schauplätze großer
119 Bauaktivitäten und damit entscheidende Akteure beim notwendigen
120 Wandel zum nachhaltigen Bauen.

121 Die kommunalen Ziele der Energie- und CO₂-Einsparung wiederum sind
122 ohne gravierende Reduktionen beim Betrieb von Alt- und Neubauten
123 nicht zu erreichen. Die gesetzlichen Vorgaben für Neubauten und
124 Sanierungen wie z.B. das Gebäudeenergiegesetz von 2020 sind hierfür
125 jedoch nicht ausreichend, da ein Großteil der gebauten Umwelt bereits
126 erstellt bzw. saniert ist, oder erforderliche Sanierungen aus
127 wirtschaftlichen Gründen nicht erfolgen. Gerade an die Errichtung und
128 Sanierung von städtischen Immobilien sind daher erhöhte Anforderungen
129 zu stellen. Ein CO₂-neutraler Betrieb hätte dabei zudem langfristig
130 positive Auswirkungen auf die Betriebskosten städtischer Immobilien.

131

132 Der mit diesem Antrag zu beschließende Grundsatzbeschluss hätte
133 wegweisende und messbare Auswirkungen auf den Klimaschutz und
134 kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Halle als klimafreundliche
135 Kommune gut aufzustellen und die Lebensqualität in dieser Stadt zu
136 erhöhen.